

November 2020

Gemeinsame Erklärung der FOC über die Verbreitung von Desinformation im Internet

November 2020

Gemeinsame Erklärung der FOC über die Verbreitung von Desinformation im Internet

Thematik

Die Mitglieder der Freedom Online Coalition (FOC) sind zutiefst besorgt angesichts der zunehmenden Verbreitung von Desinformation¹ im Internet, die zur Schwächung der Menschenrechte² und öffentlichen Gesundheit weltweit führen kann. Das Recht auf Meinungsfreiheit und freie Meinungsäußerung, der Schutz vor Diskriminierung³ und der offene Informationsaustausch, die für eine blühende Demokratie notwendig sind, können dadurch beeinträchtigt werden. In einer Zeit, in der Menschen überall auf der Welt zunehmend das Internet für Kontakte, Bildung und Nachrichten nutzen, nimmt Desinformation immer weiter zu und wird stetig raffinierter.

Desinformation kann das Vertrauen der Öffentlichkeit in demokratische Prozesse und Institutionen untergraben und Initiativen im Bereich der öffentlichen Gesundheit konterkarieren. Sie kann unter Umständen bewirken, dass die Stimmen der Angehörigen von Minderheiten weniger Gehör finden, dass der gesellschaftliche Zusammenhalt ausgehöhlt wird, dass die Gesellschaft sich polarisiert und dass zu Diskriminierung, Fremdenfeindlichkeit, Intoleranz und Gewalt aufgestachelt wird.

¹ Desinformation wird hier definiert als die bewusste Erstellung und Verbreitung falscher und/oder manipulierter Informationen, die darauf abzielen, die Empfänger zu täuschen und in die Irre zu führen, um entweder Schaden anzurichten oder sich persönliche, politische oder finanzielle Vorteile zu verschaffen.

² Desinformation kann zahlreiche Menschenrechte untergraben, unter anderem das Recht auf Meinungsfreiheit und freie Meinungsäußerung (Art. 19 des Internationalen Pakts über bürgerliche und politische Rechte – IPBPR), das Recht, an der Gestaltung der öffentlichen Angelegenheiten teilzunehmen und bei Wahlen zu wählen (Art. 25 IPBPR), den Schutz vor Diskriminierung (Art. 2 und 26 IPBPR), den Schutz der Ehre und des Rufs (Art. 17 IPBPR), das Recht auf Gesundheit (Art. 12 des Internationalen Pakts über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte – IPWSKR) und das Recht auf Bildung (Art. 13 IPWSKR).

³ Diskriminierung wird definiert als Unterscheidung anhand von Merkmalen wie beispielsweise ethnische, nationale oder soziale Herkunft, Religion oder Weltanschauung, politische oder sonstige Meinung, Behinderung, Alter, sexuelle Ausrichtung und Geschlechtsidentität sowie Anfälligkeit für vielschichtige und sich überschneidende Formen der Diskriminierung.

Desinformation kann zur Einschüchterung und Belästigung von Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens wie Journalistinnen und Journalisten sowie Menschenrechtsverteidigerinnen und -verteidigern⁴ eingesetzt werden und gefährdete Personen und Gruppen ins Visier nehmen sowie diese diskriminieren. Uns sind Fälle bekannt, in denen gegen gesellschaftliche Randgruppen gerichtete Desinformation im Internet sogar eine Vorstufe von Verbrechen gegen die Menschlichkeit und anderen schweren Verletzungen und Missachtungen der Menschenrechte darstellte.

Weltweit gibt es Belege dafür, dass Desinformation von staatlichen und nichtstaatlichen Akteuren, darunter auch gewalttätige extremistische und terroristische Gruppen, aus politischen, ideologischen, kommerziellen oder anderen Beweggründen genutzt wird. Desinformationskampagnen im Internet von staatlichen und staatlich geförderten Akteuren können auch als Teil hybrider Beeinflussungskampagnen⁵ eingesetzt werden, die auf die Destabilisierung von Gesellschaften abzielen.

Zukünftige technologische Entwicklungen werden die Bedrohung durch Desinformation im Internet weiter verschärfen, aber auch mögliche Lösungen für diese Herausforderungen aufzeigen. Für Desinformationskampagnen im Internet könnten bestimmte Technologien genutzt werden, die der Polarisierung Vorschub leisten und sich negativ auf die Möglichkeit auswirken, Ideen und Informationen zu teilen, zu empfangen und zu verbreiten. So kann beispielsweise der Einsatz von Algorithmen zur Hervorhebung bestimmter Inhalte dazu führen, dass sich gezielte Desinformationen verstärken und einen höheren Stellenwert bekommen. Es besteht auch die Möglichkeit, dass neue Technologien die Erstellung von immer stärker manipulierten Inhalten begünstigen, darunter „synthetische Medien“⁶.

Die FOC verpflichtet sich, gegen Desinformation vorzugehen und gleichzeitig ein freies⁷, offenes, interoperables, zuverlässiges und sicheres Internet zu gewährleisten, in dem vielfältige Stimmen zu Wort kommen, wobei die Menschenrechte uneingeschränkt geachtet werden. Daher ist es wichtig, dass alle Maßnahmen, die zur Bekämpfung von Desinformation ergriffen werden, im Einklang mit dem Völkerrecht, einschließlich der internationalen Menschenrechtsnormen, stehen. Die FOC ist besorgt darüber, dass einige Staaten unter dem Deckmantel der Bekämpfung von Desinformation eine übermäßige Kontrolle über das Internet ausüben und dabei die internationalen Menschenrechtsnormen und die Grundsätze eines freien, offenen, interoperablen, zuverlässigen und sicheren Internets missachten.

Die FOC betont, dass das Internet ein Nachrichten- und Medienökosystem begünstigen sollte, das Zugang zu Informationen und Medienpluralismus bietet, in dem freie und unabhängige Medien langfristig eine Zukunft haben und in dem sich öffentlich-rechtliche Medien sowie lokale

⁴ In der gemeinsamen Erklärung der FOC zur Verteidigung des zivilgesellschaftlichen Raums im Internet haben wir unsere Sorge über den Rückgang zivilgesellschaftlicher und demokratischer Räume im Internet zum Ausdruck gebracht, der eine Folge staatlich geförderter Behinderung der Meinungsfreiheit, der Freiheit zur friedlichen Versammlung und der Vereinigungsfreiheit ist.

⁵ Hybride Beeinflussung kann als Einflussnahme staatlicher und nichtstaatlicher Akteure beschrieben werden, die Schwachstellen in der Gesellschaft ins Visier nimmt.

⁶ Synthetische Medien werden hier definiert als Bild- und Toninhalte, die mit hochentwickelter Software manipuliert wurden, um die Darstellung einer Person, eines Objekts oder einer Umgebung zu verändern.

⁷ „Frei“ bedeutet in diesem Zusammenhang nicht „kostenfrei“.

Nachrichtenkanäle entfalten können. Öffentlicher Zugang zu sachlichen und vielfältigen Informationen kann die Gesellschaft widerstandsfähiger gegen Desinformation machen.

Die FOC fordert alle Interessengruppen – unter anderem Regierungen in aller Welt, den Privatsektor, die Zivilgesellschaft, Forschungs- und Bildungseinrichtungen, Medien und Einzelpersonen – dazu auf, Erfahrungen, Fachwissen und bewährte Verfahren im Umgang mit Desinformation auszutauschen. Eine solche Zusammenarbeit und ein derartiges Engagement werden die Entstehung einer weltweiten Bewegung zur Bekämpfung von Desinformation begünstigen, wobei gleichzeitig die Menschenrechte uneingeschränkt geachtet und die Internet Governance unter Beteiligung verschiedener Akteure gefördert werden.

Aufruf zum Handeln

Die FOC ruft die Regierungen dazu auf,

- keine Desinformationskampagnen durchzuführen oder zu fördern sowie dementsprechende Handlungen zu verurteilen;
- gegen Desinformation vorzugehen und gleichzeitig ein freies, offenes, interoperables, zuverlässiges und sicheres Internet zu gewährleisten sowie die Menschenrechte uneingeschränkt zu achten;
- die Abstimmung und Zusammenarbeit zwischen verschiedenen Akteuren, auch mit dem Privatsektor und der Zivilgesellschaft, zu verbessern, um unter Wahrung von Menschenrechten, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit gegen Desinformation vorzugehen,
- alle Maßnahmen, einschließlich der zur Bekämpfung von Desinformation eingeführten Rechtsvorschriften, so umzusetzen, dass die internationalen Menschenrechtsnormen gewahrt bleiben und es nicht im Widerspruch zu Artikel 19 des Internationalen Pakts über bürgerliche und politische Rechte zu Einschränkungen der Meinungsfreiheit und der freien Meinungsäußerung kommt;
- das Recht auf freie Meinungsäußerung zu wahren, zu schützen und zu verwirklichen, einschließlich der Freiheit, unabhängig von Grenzen Informationen zu suchen, zu empfangen und zu verbreiten, wobei die maßgeblichen und zweckdienlichen Leitlinien der Menschenrechtsvertragsorgane zu berücksichtigen sind;
- davon abzusehen, unter dem Deckmantel der Bekämpfung von Desinformation Kritik an ihrer Politik zu diskreditieren und die Meinungsfreiheit sowie freie Meinungsäußerung zu unterdrücken, unter anderem durch Sperrung des Zugangs zum Internet, Einschüchterung von Journalistinnen und Journalisten und Einschränkung ihrer Möglichkeit, sich frei zu betätigen;
- Initiativen zu unterstützen, die Menschen durch Online-Medien und die Vermittlung von Digitalkompetenzen in die Lage versetzen, kritisch über die von ihnen konsumierten und weitergeleiteten Informationen nachzudenken, und Maßnahmen zu ergreifen, um sich selbst und andere im Internet zu schützen;
- aktiv Schritte zu unternehmen, um gegen Desinformation vorzugehen, die auf gefährdete Gruppen abzielt, unter Anerkennung der Tatsache, dass insbesondere Frauen und Angehörige von Minderheiten konkret ins Visier genommen werden und von deren Auswirkungen betroffen sind;

- internationale Zusammenarbeit und Partnerschaften zu unterstützen, um die digitale Teilhabe⁸ zu fördern, einschließlich des universellen und erschwinglichen Zugangs zum Internet für alle Menschen.

⁸ Für weitergehende Informationen siehe die gemeinsame Erklärung der FOC über digitale Teilhabe, <https://freedomonlinecoalition.com/document/foc-joint-statement-on-digital-inclusion/> (auf Englisch).

Die FOC fordert Plattformen für soziale Medien und den Privatsektor⁹ nachdrücklich dazu auf,

- unter Wahrung der Menschenrechte und der VN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte¹⁰ gegen Desinformation vorzugehen;
- die Transparenz bezüglich der Faktoren zu erhöhen, die von Algorithmen genutzt werden, um auszuwählen, welche Inhalte und Suchergebnisse angezeigt werden, um gezielte Werbung anzuzeigen und um Kriterien für politische Werbung festzulegen, und es somit der Forschung und der Zivilgesellschaft zu ermöglichen, damit verbundene Auswirkungen zu erkennen;
- die Transparenz bezüglich der Maßnahmen zu erhöhen, die ergriffen werden, um die Probleme zu lösen, die im Zusammenhang mit Desinformation durch Algorithmen verursacht werden können, einschließlich der Entfernung von Inhalten, der Deaktivierung von Konten sowie anderer Beschränkungen und algorithmischer Veränderungen; Dazu kann auch die Schaffung geeigneter Mechanismen zur Berichterstattung gehören, die im Rahmen eines von verschiedenen Akteuren getragenen Prozesses entwickelt werden, ohne der Wirksamkeit oder Geschäftsgeheimnissen Abbruch zu tun;
- darauf hinzuwirken, dass Nutzer Zugang zu wirksamen und zügigen Einspruchsverfahren gegen Entscheidungen über die Löschung von Konten oder Inhalten haben;
- die Rechtsstaatlichkeit in allen Gesellschaften, in denen sie tätig sind, zu achten und gleichzeitig sicherzustellen, dass sie nicht zu Menschenrechtsverletzungen oder -verstößen beitragen;
- unabhängige und unparteiische Faktencheck-Dienstleistungen zu nutzen, um Desinformation zu erkennen und zu kennzeichnen, und Maßnahmen zu ergreifen, um die Verfügbarkeit unabhängiger Nachrichtenquellen und Inhalte auf ihren Plattformen zu stärken.
- die Forschung zu unterstützen, indem sie mit Regierungen, Zivilgesellschaft und Wissenschaft zusammenarbeiten und gegebenenfalls den Zugang zu maßgeblichen Daten über Berichts-, Einspruchs- und Genehmigungsverfahren ermöglichen, wobei die Achtung der internationalen Menschenrechtsnormen zu gewährleisten ist.

⁹ Zu den maßgeblichen Akteuren gehören Unternehmen, die es erlauben, von Nutzern erstellte Inhalte zu teilen oder auf andere Weise damit zu interagieren, sowie solche, die an der Gestaltung der Darstellung von Inhalten für Nutzer beteiligt sind (beispielsweise Suchmaschinen).

¹⁰ Vereinte Nationen, Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte, 2011, <https://www.auswaertiges-amt.de/blob/266624/b51c16faf1b3424d7efa060e8aaa8130/un-leitprinzipien-de-data.pdf>.

Die FOC fordert die Zivilgesellschaft und die Wissenschaft nachdrücklich dazu auf,

- weiterhin die Art, das Ausmaß und die Auswirkungen von Desinformation im Internet zu erforschen und Analysen auf strategischer Ebene durchzuführen, um Orientierung für die öffentliche Debatte und staatliche Maßnahmen zu bieten;
- im Rahmen dieser Forschung die Auswirkungen von Desinformation in Bezug auf Frauen und Randgruppen, die im Fokus von Desinformationskampagnen stehen, angemessen zu berücksichtigen;
- sich mit dem Privatsektor und mit Regierungen auszutauschen, um Erkenntnisse zu teilen und bei der Forschung zu kooperieren, wobei ein angemessener Datenschutz zu gewährleisten ist;
- sich aktiv an der öffentlichen Debatte und an von verschiedenen Akteuren getragenen Initiativen zu beteiligen, die sich mit Desinformation befassen, und die Notwendigkeit einer sich auf nachweisbare Fakten stützenden Diskussion zu betonen.

Hintergrund zur Freedom Online Coalition

Die FOC ist ein multilateraler Zusammenschluss von 32 Regierungen, die zusammenarbeiten, um weltweit die Freiheit des Internets zu fördern. Die FOC bietet gleichgesinnten Regierungen ein Forum, um ihre Bemühungen abzustimmen und mit der Zivilgesellschaft, dem Privatsektor und anderen Internet-Interessengruppen zusammenzuarbeiten, damit die Menschen bei der Wahrnehmung ihrer Menschenrechte und Grundfreiheiten im Internet unterstützt werden. Die FOC lädt alle Staaten, die ein offenes und interoperables Internet unterstützen, dazu ein, sich für die Mitgliedschaft in der FOC zu bewerben.

Auftrag und Leitbild der FOC beruhen auf dem Gedanken, dass die Rechte, die den Menschen außerhalb des Internets zuteilwerden, auch im Internet geschützt werden müssen. Dieser wegweisende Gedanke wurde ursprünglich in der Erklärung von Den Haag zur Gründung der FOC (The Founding Declaration) dargelegt, in der Satzung von Nairobi (Nairobi Terms of Reference), der Tallinn-Agenda (Tallinn Agenda) und der Erklärung von San José (San José Statement) bekräftigt und in den am 5.7.2012, 26.6.2014, 26.3.2015 beziehungsweise 1.7.2016 angenommenen Resolutionen 20/8, 26/13, 28/16 und 32/13 des VN-Menschenrechtsrats sowie in den am 18.12.2013, 18.12.2014 beziehungsweise 19.12.2016 einvernehmlich angenommenen Resolutionen 68/167, 69/166 und 71/199 der VN-Generalversammlung abermals bestätigt.

Die FOC möchte bewährte Verfahren für die Anwendung von Menschenrechtsverpflichtungen und -zusagen im sich stetig fortentwickelnden Internet ermitteln und auf Bedingungen aufmerksam machen, unter denen diese Rechte untergraben werden.

Mithilfe der Digital Defenders Partnership ermöglicht die FOC auch eine schnelle Reaktion auf verschiedene Bedrohungen der Internetfreiheit, von der Unterstützung von Bloggerinnen und Bloggern sowie Cyberaktivistinnen und -aktivisten, die Zielscheibe von digitalen Angriffen werden, bis hin zu Hilfestellung bei der Wahrnehmung ihrer Menschenrechte im Internet in einem repressiven Online-Umfeld. Weitere Informationen zur Digital Defenders Partnership finden Sie unter <http://www.digitaldefenders.org/>.

www.freedomonlinecoalition.com

twitter.com/FO_Coalition